

Die KKE und der Bürgerkrieg in Griechenland 1946–1949

Bis heute stellt der Bürgerkrieg von 1946 bis 1949 das größte Trauma der modernen griechischen Geschichte dar. Die Kommunistische Partei Griechenlands (*Κομμουνιστικό Κόμμα Ελλάδας*, KKE), die sich während der deutschen Besetzung zur Massenpartei und zum Hauptträger des Widerstands entwickelt hatte, probte nach der Befreiung Ende 1944 den bewaffneten Aufstand. Dieser einzige kommunistische Aufstand im Nachkriegseuropa soll im Folgenden im Kontext der politischen Entwicklung in Osteuropa betrachtet werden. Sein Erfolg bzw. Misserfolg hing nicht unwesentlich von der Bereitschaft der Sowjetunion und der neu geschaffenen kommunistischen Regime auf dem Balkan ab, der KKE politische und militärische Hilfe zu gewähren. Deren Haltung und Handeln gegenüber den griechischen Genossen offenbarte die unterschiedlichen Auffassungen und Interessen der verschiedenen kommunistischen Parteien. Innerhalb des »befreiten Territoriums« der KKE im gebirgigen Hinterland fanden zudem Entwicklungen statt, wie sie sich zu diesem Zeitpunkt überall im stalinistischen Osteuropa abspielten, insbesondere die Verfolgung politischer und ideologischer Feinde in den eigenen Reihen.

In zahllosen Memoiren, Tagebuch-Editionen und Monografien sind verschiedene Aspekte der Geschichte der KKE inzwischen historisch aufgearbeitet worden. Die Beziehungen zu ihren Genossen in den kommunistischen Staaten Osteuropas sind jedoch weitgehend unerforscht geblieben.¹ Dafür gibt es zwei wichtige Gründe: Zum einen hatten griechische Historiker vor dem Ende der Sowjetunion keinen Zugang zu den Parteiarchiven der Ostblockländer. Zum anderen unterschätzten sie seit den Siebzigerjahren deren Einfluss auf den Verlauf des Bürgerkriegs. Stattdessen richteten sie ihr Augenmerk auf die Analyse der »britisch-amerikanischen Intervention«, die als dessen Hauptauslöser angesehen wurde.² Ältere Werke, die während der »antikommunistischen Ära«, der Zeit vor der Wiederherstellung der Demokratie 1974, erschienen waren und die politische wie militärische Abhängigkeit der KKE von den im Entstehen begriffenen »volksdemokratischen«

1 Eine wichtige Ausnahme stellt die Dissertation von Irène Lagani dar: *Les rapports de la Grèce avec ses voisins balkaniques de 1941 à 1949* [Das Verhältnis zwischen Griechenland und seinen Nachbarländern auf dem Balkan von 1941 bis 1949], Paris 1985.

2 Polymeris Voglis: *Ξανά στο προσκήνιο ο πόλεμος των ιστορικών για τα γεγονότα του 40* [Der erneute Krieg der Historiker über die Ereignisse der Vierzigerjahre], in: »Ta Nea« vom 10. Januar 2009.

Regimen auf dem Balkan hervorhoben, wurden als Produkte antikommunistischer Propaganda abgelehnt und gerieten bald in Vergessenheit.³

Ebenfalls in den Hintergrund getreten ist die Bereitschaft der KKE-Führung, gegen ihre politischen und ideologischen Kontrahenten – auch innerhalb der eigenen Reihen – Gewalt auszuüben. Der »rote Terror« im Griechenland der Okkupations- und der Bürgerkriegszeit ist für die griechische Linke bis heute ein Tabuthema, eine Diskussion darüber begann erst nach der Veröffentlichung eines Aufsatzes des Politikwissenschaftlers Stathis Kalyvas im Jahr 2000.⁴ Seine provokante These, die Gewalt der KKE sei zentral gesteuert und bürokratisch organisiert gewesen und sei nicht auf den »Revolutionselan« einiger weniger »Fanatiker« zurückzuführen, blieb nicht unwidersprochen. Die darauffolgende Auseinandersetzung über Ursachen und Formen des »roten Terrors« führte zwar zu heftigen Debatten, befreite aber auch den wissenschaftlichen Diskurs von ideologischen Klischees und Stereotypen und gab der historischen Forschung neue Impulse.⁵

Gestützt auf neu gewonnene Erkenntnisse der letzten Jahre wird in diesem Beitrag zum einen versucht, die fundamentale Bedeutung der osteuropäischen kommunistischen Parteien – vor allem Jugoslawiens, Albaniens und Bulgariens – für den Erfolg des kommunistischen Aufstands in Griechenland herauszustellen. Zum anderen soll die Gewalttätigkeit der KKE untersucht werden. Auch wenn dabei zu beachten ist, dass die Gewaltbereitschaft einer revolutionären Partei in einem Bürgerkrieg generell weitaus größer ist als in Friedenszeiten, sind dennoch gewisse Ähnlichkeiten zwischen der Bürgerkriegsgewalt der griechischen Kommunisten und der staatlich verordneten Gewalt in den kommunistisch regierten Ländern Osteuropas zu konstatieren.

Die KKE vor der deutschen Besetzung

Die KKE ist die älteste heute noch aktive politische Partei Griechenlands. Bis zur militärischen Besetzung Griechenlands durch deutsche Truppen im April 1941 spielte sie allerdings keine große politische Rolle. Sie wurde im November 1918 von links orientierten idealistischen Intellektuellen als Sozialistische Arbeiterpartei Griechenlands (*Σοσιαλιστικό Εργατικό Κόμμα Ελλάδας*, SEKE) ins Leben gerufen. Seit ihrem III. Außerordentlichen Parteitag im Dezember 1924 nannte sie sich Kommunistische Partei Griechenlands/ Griechische Sektion der Komintern (*Κομμουνιστικό Κόμμα Ελλάδας/Ελληνικό Τμήμα Κομμουνιστικής*

3 Siehe z. B. das Buch des Literaten und ehemaligen Herausgebers der bürgerlichen Athener Zeitung »Estia«, Achilleas A. Kyrou: *Η συνωμοσία εναντίον της Μακεδονίας 1940–1949* [Die Verschwörung gegen Makedonien 1940–1949], Athen 1950. Trotz antikommunistischer Polemik liefern solche Werke viele wichtige Informationen über die Entwicklung der kommunistischen Bewegung.

4 Stathis N. Kalyvas: *Red Terror: Leftist Violence during the Occupation*, in: Mark Mazower (Hg.): *After the War Was Over. Reconstructing the Family, Nation and State in Greece, 1943–1960*, Princeton 2000, S. 142–182.

5 Siehe hierzu die Beiträge zum Thema in der Athener Tageszeitung »Ta Nea« nach der Veröffentlichung eines Grundsatzartikels von Stathis Kalyvas und Nikos Maradzidis über »neue Tendenzen in der griechischen Bürgerkriegshistoriografie« [Νέες τάσεις στη μελέτη του εμφυλίου πολέμου] am 21. März 2004.

Διεθνούς, KKE / ETKD). Auf diesem Parteitag akzeptierten die Delegierten die 21 Bedingungen der Komintern sowie deren Forderung nach Autonomie der nordgriechischen Provinzen Makedonien und Thrakien. Letzteres brachte der Partei den Vorwurf des »nationalen Verrats« ein, erleichterte die Begründung administrativer Maßnahmen der bürgerlichen Regierungen gegen ihre politische Tätigkeit und isolierte sie von der breiten Masse des Volkes. Die Makedonienpolitik der KKE-Führung wurde auch innerhalb der Partei zum Gegenstand von Kritik. Die Befürworter einer »nationalen Linie« wurden aber alsbald von den Komintern-Anhängern verdrängt, welche die internationale Verpflichtung der Partei zur »proletarischen Solidarität« durchsetzen konnten.⁶

Angesichts der internen Divergenzen und Spaltungstendenzen war die KKE nicht in der Lage, von den Auswirkungen des Ersten Weltkriegs zu profitieren und politische Erfolge zu verbuchen. Sie vermochte zum Beispiel nicht, die circa 1,5 Millionen griechischen Flüchtlinge zu erreichen, die 1923/24 nach der Niederlage im Krieg gegen die Türkei aus Kleinasien gekommen waren und ein elendes Dasein in den Städten führten. Obwohl die offizielle nationale Ideologie des griechischen Staates, der Traum von der Wiederaufrichtung des byzantinischen Reiches (die »Große Idee«), nach der »kleinasiatischen Katastrophe« – der verheerenden Niederlage des griechischen Heeres in der Türkei 1922 – schwere Risse bekam, blieb der Einfluss des Marxismus in Griechenland sehr begrenzt. Die politische Szene beherrschten nach wie vor die bürgerlichen Akteure, die Liberalen und die royalistische Volkspartei.⁷ Die überragende Dominanz des bürgerlichen Lagers wurde in den Parlamentswahlen der Zwischenkriegszeit mit aller Deutlichkeit bestätigt.⁸

Verantwortlich für die mangelnde politische Bedeutung der KKE waren zum großen Teil die erbitterten Fraktionskämpfe. Als »Rechtsabweichler«, »Opportunisten« und »Trotzkisten« diffamiert, wurden führende Mitglieder wie der gegen die Makedonienpolitik polemisierende ehemalige Generalsekretär (1921–1924), der marxistische Historiker Ioannis Kordatos, aus der Partei ausgeschlossen. Erst als der in Moskau geschulte Stalinist Nikos Zachariadis nach Intervention der Komintern im Dezember 1931 zum Parteichef gekürt wurde, war die Phase der ideologischen Wirren und parteiinternen Auseinandersetzungen beendet.⁹ Der 1903 in Adrianopel (heute Edirne) geborene Zachariadis war in Kleinasien aufgewachsen und hatte als Hafenarbeiter in Konstantinopel und später als Seemann auf Schwarzmeerschiffen gearbeitet. 1923 war er der Kommunistischen Partei der Türkei beigetreten, kurze Zeit später hatte er die sowjetische Parteihochschule KUTV besucht. Im Auftrag der Komintern war Zachariadis 1924 nach Grie-

6 Evangelos Kofos: *Nationalism and Communism in Macedonia, Thessaloniki* 1964, S. 74 u. 80.

7 Heinz Richter: *Die griechische Kommunistische Partei (KKE) 1944–1947: Von der Massenpartei zur Kaderpartei*, in: Dietrich Staritz / Hermann Weber (Hg.): *Einheitsfront, Einheitspartei. Kommunisten und Sozialdemokraten in Ost- und Westeuropa, 1944–1948*, Köln 1989, S. 453–468, hier S. 454; Haris Vlavianos: *Greece, 1941–1949: From Resistance to Civil War. The Strategy of the Greek Communist Party*, New York 1992, S. 7.

8 Die Wahlen vom 7. November 1926 hatten einen eindeutigen Sieg der bürgerlichen Parteien zum Ergebnis. Heinz A. Richter: *Griechenland im 20. Jahrhundert. Megali Idea – Republik – Diktatur 1900–1940*, Bd. 1, Köln 1990, S. 111 f.

9 Panagiotis Noutsos: »Säuberungen« innerhalb der griechischen KP (1931 bis 1956), in: Hermann Weber / Dietrich Staritz (Hg.): *Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und »Säuberungen« in den Kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren*, Berlin 1993, S. 487–491, hier S. 487.

chenland gekommen, wo er verschiedene Posten in der Föderation der Kommunistischen Jugend Griechenlands (*Ομοσπονδία Κομμουνιστικών Νεολαίων Ελλάδας*, OKNE) bekleidete. 1929 bis 1931 absolvierte er eine Kaderausbildung in der Sowjetunion.¹⁰ Ähnlich wie Zachariadis stammten auch viele andere Kader der KKE aus Kleinasien und bestritten ihren Lebensunterhalt als Arbeiter. Sie bildeten die neue moskautreue Führung der Partei.

Unter der straffen Leitung des neuen Generalsekretärs wurde die KKE in den nächsten Jahren zu einer streng monolithischen Kaderpartei stalinistischen Typs umgeformt. Auch ein Personenkult um Zachariadis setzte nun ein. Auf dem V. Parteitag im März 1934 wurde die sogenannte Volksfrontpolitik beschlossen und auf dem III. Plenum des Zentralkomitees (ZK) im April 1935 die Parole »Autonomes Makedonien« zugunsten einer Politik der »völligen Gleichheit aller Minderheiten« innerhalb des griechischen Staatswesens aufgegeben. Diese Entscheidungen führten zusammen mit der Weltwirtschaftskrise dazu, dass sich viele von den alten Parteien enttäuschte Wähler der KKE zuwandten. Da es in Griechenland keine sozialdemokratische Bewegung von Bedeutung gab, avancierte die KKE zum bedeutendsten Sprachrohr der Linken. Bei den Wahlen am 28. Januar 1936 erhielt sie 5,76 Prozent der Stimmen und 15 Parlamentssitze.¹¹

Am 4. August 1936 etablierte General Ioannis Metaxas seine rechtsautoritäre Diktatur. Er beschwor die »kommunistische Gefahr« und gewann die Zustimmung des griechischen Königshauses. Dies verhinderte den weiteren Aufstieg der KKE. Die Partei zählte zu den unveröhnlichsten Feinden des sogenannten Regimes vom 4. August und litt enorm unter systematischen Verfolgungen. Innerhalb kürzester Zeit wurden etwa 1000 Mitglieder sowie ein Teil der Parteileitung, darunter auch Zachariadis, verhaftet. Der Parteiapparat der KKE wurde größtenteils zerschlagen; nur einzelne Gruppen entkamen den Verhaftungen und konnten sich in der Illegalität behaupten. Bis Herbst 1940 befanden sich etwa 2000 Kommunisten in Gefängnissen oder auf Verbannunginseln. Die Parteizeitung *Rizospastis* (Der Radikale) wurde verboten, ebenso Druck, Verkauf und Verteilung linker Literatur.¹² Dem berühmten Sicherheitsminister Konstantinos Maniadakakis, der Vertreter seiner Geheimpolizei in NS-Deutschland ausbilden ließ, gelang es, seine Agenten in Spitzenpositionen der KKE einzuschleusen und sogar ein Zentralkomitee mit eigener Parteizeitung aufzustellen. Unter den im Untergrund agierenden Mitgliedern herrschten deshalb große Verwirrung und tiefes Misstrauen.¹³

Aufstieg der KKE

Die deutsche Besetzung Griechenlands im April 1941 und der damit verbundene rasche Zusammenbruch der Metaxas-Diktatur brachten ein politisches Vakuum mit sich, das den

10 Richter: Griechenland (Anm. 8), S. 192.

11 Ebd., S. 194–197.

12 Siehe ebd., S. 217 f.; Matthias Esche: Die Kommunistische Partei Griechenlands 1941–1949. Ein Beitrag zur Politik der KKE vom Beginn der Resistance bis zum Ende des Bürgerkriegs, München, Wien 1982, S. 28–41.

13 Dimitri Kitsikis: Populism, Eurocommunism and the KKE, in: Michael Waller / Meindert Fennema (Hg.): Communist Parties in Western Europe. Decline or Adaptation?, Oxford 1988, S. 96–113, hier S. 99. Vlavianos: Greece (Anm. 7), S. 15 f.

einzigartigen Aufstieg der KKE begünstigte. Unter der deutschen, italienischen und bulgarischen Okkupation wuchs die kleine Partei zur einflussreichsten Massenbewegung im besetzten Land an. Zählte die KKE 1936 nur 14 000 Mitglieder, so waren es Ende 1944 350 000.¹⁴ Diese kamen aus allen Schichten der Bevölkerung.

Die in den Wirren der ersten Besatzungsmonate freigelassenen oder entflohenen Kommunisten¹⁵ stellten bald die Einheit der Partei wieder her. Nach einer kurzen Reorganisationsphase entwarf die KKE unter dem Eindruck des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion ihre neue politische Linie: Kampf gegen die Besatzer und die griechischen Kollaborationsregierungen sowie Unterstützung und Verteidigung der Sowjetunion. Das Endziel der Partei, eine »Volksdemokratie« nach sowjetischem Vorbild zu errichten, wurde dabei nicht aufgegeben. Im August 1941 erschien erstmals während der Okkupation wieder der vom ZK illegal herausgegebene *Rizospastis*.¹⁶ Während die alten Parteien eher in Auflösung begriffen waren, konnten die Kommunisten beim Aufbau der Résistance auf ihre langjährige Erfahrung im Untergrund zurückgreifen und wiesen dabei enorme Opferbereitschaft auf. Sie gründeten die stärkste politische Widerstandsbewegung, die Nationale Befreiungsfront (*Εθνικό Απελευθερωτικό Μέτωπο*, EAM), und stellten mit der überregionalen Griechischen Volksbefreiungsarmee (*Ελληνικός Λαϊκός Απελευθερωτικός Στρατός*, ELAS) die effektivste Guerillastreitmacht auf.

Trotz dieser Erfolge zeigte sich die Sowjetunion an der KKE nicht besonders interessiert; Grund war die seit dem 19. Jahrhundert andauernde politische und wirtschaftliche britische Vormachtstellung in Griechenland, die von Stalin nicht infrage gestellt wurde. Zwischen Moskau und den griechischen Kommunisten gab es daher während der Okkupation keine direkte Verbindung.¹⁷ Dies ermöglichte der KKE, einen relativ unabhängigen Kurs einzuschlagen und gemäß der »Volksfrontpolitik« der Dreißigerjahre eine eher »patriotische« Linie zu verfolgen. »Brüderliche« Kontakte pflegte sie zu den kommunistischen Parteien Jugoslawiens und Albaniens. Allerdings trübten Streitigkeiten über nationale und territoriale Fragen – etwa über den Status der slawischsprachigen Minderheit in Westmakedonien – das Verhältnis unter den Genossen.¹⁸

Der Guerillakampf der ELAS gegen die Besatzungsmächte ging mit der Etablierung eines »Gegenstaats« durch die EAM einher. Als die ELAS ab dem Frühjahr 1943 weite Teile des Landes, etwa Thessalien und Westmakedonien, kontrollierte, schaffte die EAM in den »befreiten« Gebirgsregionen die örtlichen Institutionen der Kollaborationsregierungen ab und errichtete neue Verwaltungsstrukturen.¹⁹ Die ELAS wiederum übernahm in diesem

14 Kitsikis: Populism (Anm. 13), S. 99.

15 Zachariadis wurde von den Deutschen ins Konzentrationslager Dachau deportiert.

16 Esche: Die Kommunistische Partei (Anm. 12), S. 42–53.

17 Peter J. Stavrakis: Moscow and Greek Communism 1944–1949, New York 1989, S. 11.

18 Kofos: Nationalism (Anm. 6), S. 121–128.

19 Nikos Maradzidis: »Το κράτος του Γράμμου«: Όψεις της κομμουνιστικής εξουσίας στην Ελλάδα, 1943–1949 [»Der Staat von Grammos«: Facetten der kommunistischen Herrschaft in Griechenland, 1943–1949], in: Ioannis Mourellos / Iakovos D. Michailidis (Bearb.): Ο ελληνικός Εμφύλιος Πόλεμος. Μια αποτίμηση. Πολιτικές, ιδεολογικές, ιστοριογραφικές προεκτάσεις [Der griechische Bürgerkrieg. Eine Bewertung. Politische, ideologische, historiografische Aspekte], Athen 2007, S. 77–95.

sogenannten »Freien Griechenland« »Ordnungsaufgaben« und erhob Steuern. Guerilla-gerichte traten zusammen, um »Verbrecher« zu verurteilen, zivile Angelegenheiten wurden lokalen »Volksversammlungen« und »Volksgerichten« überlassen. Unter den wachsamen Augen der KKE bildeten diese die höchsten Gremien einer von den Kommunisten selbst viel gepriesenen »kommunalen Selbstverwaltung«. ²⁰ Tatsächlich war das »Freie Griechenland« die Vorstufe einer stalinistischen »Volksdemokratie«. ²¹ Die KKE stand an der Spitze des EAM-Staats, sie übte die politische Macht aus und besaß das Informationsmonopol. Die ELAS konsolidierte als ihr bewaffneter Arm den Herrschaftsanspruch der Partei. Kritische Stimmen wurden zum Schweigen gebracht und politische Gegner als »Volksfeinde« und »Kollaborateure« verfolgt. Bewaffnete Widerstandsgruppen bürgerlicher Armeeoffiziere (zum Beispiel das »Evzonen-Regiment 5/42« des liberalen Obersts Dimitris Psarros) wurden gewaltsam aufgelöst, ihre führenden Köpfe ermordet oder vertrieben. Auch sogenannte Trotzlisten und die seit 1924 unabhängig agierenden »Archäomarxisten« litten unter dem Machtdiktat der KKE. Ihre Verfolgung erreichte in der Endphase der Okkupation und während der *Dekemvriana*, der Schlacht um Athen zwischen der ELAS und regierungstreuen und britischen Truppen im Dezember 1944, ihren Höhepunkt. Vor allem in Athen führte die KKE zahlreiche Hinrichtungen durch, ein prominentes Beispiel ist die Ermordung von Kitsos Maltezos, dem charismatischen Anführer der national gesinnten Studenten, am 1. Februar 1944. ²² Der geheime Terrorapparat der KKE, die »Organisation zum Schutz des Volkskampfes« (*Οργάνωση Προστασίας Λαϊκού Αγώνα*, OPLA), perfektionierte das System der Ermordung politischer und ideologischer Feinde und soll unmittelbar nach der Befreiung im Oktober 1944 600 Trotzlisten, Abtrünnige der KKE und Anarchisten umgebracht haben. ²³

Machtkampf nach dem Abzug der Besatzungstruppen

Nach dem Abzug der deutschen Besatzungstruppen im Oktober 1944 bereitete sich die KKE auf einen Machtkampf vor. Im Dezember intervenierte das britische Militär und verhinderte einen Sieg der kommunistischen Aufständischen in Athen. Die demoralisierte ELAS nahm bei ihrem Rückzug Tausende von Geiseln; viele von ihnen wurden exekutiert, darunter die bekannte Theaterschauspielerin Eleni Papadaki. Gemäß dem »Prozentabkommen« von Moskau im Oktober 1944 mischte sich Stalin in die griechischen Ereignisse nicht ein. Auch die in Jugoslawien, Bulgarien und Albanien an die Macht gekommenen kommunistischen Parteien gewährten der ELAS keine militärische Unterstützung. Der bulgarische KP-Chef Georgi Dimitrov teilte den griechischen Genossen mit, Jugoslawien

20 Esche: Die Kommunistische Partei (Anm. 12), S. 83 f.

21 Ilios Giannakakis: *Οι Έλληνες θύματα του κομμουνισμού* [Die Griechen – Opfer des Kommunismus], in: Stephane Courtois u.a. (Hg.): *Η Μαύρη Βίβλος του Κομμουνισμού. Εγκλήματα, τρομοκρατία, καταστολή* [Das Schwarzbuch des Kommunismus. Verbrechen, Terror, Unterdrückung], Athen 2001, S. 353–367, hier S. 354.

22 Zu Maltezos siehe Petros St. Makris-Staikos: *Κίτσος Μαλτέζος. Ο αγαπημένος των Θεών* [Kitsos Maltezos. Der Liebling der Götter], Athen 2000.

23 Noutsos: »Säuberungen« (Anm. 9), S. 488 u. 490.

und Bulgarien könnten ihnen aufgrund der internationalen Lage keinen militärischen Beistand leisten. Sie sollten ihre Kräfte bewahren und auf einen günstigeren Zeitpunkt warten, um ihr »demokratisches Programm« zu verwirklichen.²⁴

Nach der militärischen Niederlage der ELAS unterzeichnete die KKE im Februar 1945 das Abkommen von Varkiza, das die Demobilisierung der ELAS anordnete und die Freilassung aller von ihr inhaftierten Geiseln regelte. Außerdem sah das Abkommen ein Plebiszit über die konstitutionelle Frage und die Durchführung freier Wahlen zum frühestmöglichen Zeitpunkt vor. Ferner garantierte es die Sicherung der Grundrechte, die Schaffung einer nationalen Armee nach dem Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht und die Entfernung von Kollaborateuren aus dem öffentlichen Dienst, der Polizei und der Gendarmerie. Alle politischen Verbrechen während der *Dekemvriana* wurden amnestiert.²⁵ Der Friedensvertrag erweckte den Anschein eines politischen Neubeginns. Doch die Beendigung der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen stellte sich als unmöglich heraus. Zachariadis schrieb später, das Varkiza-Abkommen habe eine notwendige »Pause« ermöglicht, die der KKE Zeit verschaffen sollte.²⁶ Wahrscheinlich aus diesem Grund ließ die KKE-Führung einen Teil der Waffen der ELAS in geheimen Waffenlagern verstecken.

Das Varkiza-Abkommen garantierte zwar die freie politische Entfaltung der KKE im bürgerlichen Nachkriegsstaat, unter den damaligen Bedingungen aber hatte die Partei kaum Chancen, sich politisch zu betätigen. Ihre Anhänger wurden von Polizei und Gendarmerie verhaftet und von rechtsextremen paramilitärischen Gruppen wie der »Chi« (X) terrorisiert. Bis Dezember 1945 wurden 48 956 Mitglieder von EAM und ELAS strafrechtlich verfolgt, die Entlassung von Kollaborateuren aus dem Staatsapparat jedoch blieb weitgehend aus. Die Regierung war nicht in der Lage, sich Autorität zu verschaffen und der willkürlichen Gewalt antikommunistischer Organisationen ein Ende zu setzen.

Aufgrund zunehmender Repressionen sahen sich Zehntausende ehemaliger ELAS-Mitglieder gezwungen, Griechenland zu verlassen und in die kommunistischen Balkanstaaten zu fliehen. Tito hatte sich bereit erklärt, unbewaffneten griechischen Flüchtlingen in Jugoslawien politisches Asyl zu gewähren.²⁷ Allein im Januar und Februar 1945 überquerten etwa 3000 *Elasites* die Grenzen nach Jugoslawien und Albanien,²⁸ viele von ihnen im Auftrag der KKE.²⁹ Das Partei-ZK in Athen schwankte zwischen einer friedlichen und einer revolutionären Reaktion. In dieser Situation wurde bekannt, dass der 1941 nach Dachau

24 Esche: Die Kommunistische Partei (Anm. 12), S. 188 f.; B. Kondis: Η αγγλοαμερικανική πολιτική και το ελληνικό πρόβλημα: 1945–1949 [Die angloamerikanische Politik und das griechische Problem: 1945–1949], Thessaloniki 1984, S. 46; Stavrakis: Moscow (Anm. 17), S. 52.

25 Esche: Die Kommunistische Partei (Anm. 12), S. 201; Kondis: Η αγγλοαμερικανική πολιτική (Anm. 24), S. 56.

26 Basilis Kondis / Spyridon Sfetas (Bearb.): Εμφύλιος Πόλεμος, Έγγραφα από τα γιουγκοσλαβικά και βουλγαρικά αρχεία [Bürgerkrieg. Dokumente aus den jugoslawischen und bulgarischen Archiven], 2. Aufl. Thessaloniki 2000, S. 187.

27 Esche: Die Kommunistische Partei (Anm. 12), S. 202 f. u. 205; Kondis: Η αγγλοαμερικανική πολιτική (Anm. 24), S. 57.

28 Edgar O' Ballance: The Greek Civil War 1944–1949, London 1966, S. 113.

29 Ioannou S. Koliopoulou: Λειψασία Φρονημάτων. Το Μακεδονικό Ζήτημα στην περίοδο του Εμφυλίου Πολέμου (1945–1949) στη Δυτική Μακεδονία [Geplünderte Loyalitäten. Die Makedonische Frage während des Bürgerkriegs (1945–1949) in Westmakedonien], Bd. 2, Thessaloniki 1995, S. 58.

deportierte Zachariadis noch am Leben war. Am 29. Mai kehrte der frühere Generalsekretär der KKE nach Griechenland zurück und übernahm wieder die Leitung der Partei. Zachariadis, von der Parteibasis wie ein Messias verehrt, sollte die schwere Krise beenden, die Fehler der Vergangenheit korrigieren und das angeschlagene Prestige der KKE wiederherstellen.³⁰

Die von Zachariadis in der folgenden Zeit abgegebenen Erklärungen deuteten auf eine Eskalation hin. Zunächst forderte er den Abzug der in Griechenland stationierten britischen Truppen und verteidigte die sogenannten Selbstschutzgruppen, die aus ehemaligen Angehörigen der ELAS bestanden und rechtsextremer Gewalt entgegentreten sollten. Diese Gruppen hatten zwar nicht das Ziel, eine »Volksdemokratie« zu errichten, spielten aber eine wichtige Rolle im aufkommenden Bürgerkrieg.³¹ 1945 wurde die Gesamtzahl ihrer Mitglieder auf 3000 geschätzt. Offiziell wurden sie von der KKE nicht anerkannt, inoffiziell erhielten sie aber Unterstützung und Informationen über die Bewegungen der Sicherheitskräfte.³² Beim II. Plenum des ZK vom 12. bis 15. Februar 1946 trat Zachariadis dafür ein, über die »Selbstverteidigung« den bewaffneten Kampf gegen den »Monarchofaschismus«, also gegen den bürgerlichen Staat, vorzubereiten. Nach Ansicht des Parteiführers schuf die Existenz der »Volksdemokratien« in den Staaten nördlich von Griechenland ideale Bedingungen für den Erfolg einer sozialistischen Revolution.³³ Das II. ZK-Plenum stellte einen tiefen Einschnitt in der Parteigeschichte dar, dennoch ist in der Bürgerkriegsforschung umstritten, ob der Generalsekretär der KKE zu diesem Zeitpunkt wirklich die Etablierung eines kommunistischen Regimes im Sinn hatte. Es ist nicht auszuschließen, dass Zachariadis zunächst nur Druck auf die Regierung ausüben wollte, um politische Zugeständnisse zu erreichen.³⁴ Nicht vergessen werden darf die sowjetische Haltung: Obwohl Moskau militärische Aktionen nur in begrenztem Umfang befürwortete, stand die Sowjetunion der bewaffneten Tätigkeit der KKE nicht gleichgültig oder ablehnend gegenüber. Gegen die Tätigkeit der »Selbstschutzgruppen« hatte die sowjetische Führung nichts einzuwenden, sie bestand jedoch zugleich auf einer Beteiligung der KKE am parlamentarischen Leben.³⁵ Die explosive Lage in Griechenland kam ihr nicht ungelegen, da die britische Außenpolitik mit einem neuen Unruheherd auf der internationalen Bühne konfrontiert wurde.

Für den bevorstehenden Kampf strebte die KKE an, internationale Unterstützung zu gewinnen. Am Rande des Parteitags der tschechischen und slowakischen Kommunisten in Prag Ende Februar/Anfang März 1946 führte Zachariadis Gespräche mit Delegierten anderer kommunistischer Parteien. Die französischen und italienischen Kommunisten lehnten den Gedanken des bewaffneten Kampfs in Griechenland ab und traten für eine Beteiligung der KKE an den Parlamentswahlen Ende März ein, die tschechischen Genossen dagegen

30 Esche: Die Kommunistische Partei (Anm. 12), S. 213 f.; Richter: Die griechische Kommunistische Partei (Anm. 7), S. 464.

31 Esche: Die Kommunistische Partei (Anm. 12), S. 219.

32 David H. Close / Thanos Veremis: The Military Struggle, 1945–9, in: David H. Close (Hg.): The Greek Civil War, 1943–1950. Studies of Polarization, London, New York 1993, S. 97–128, hier S. 97 f.

33 Esche: Die Kommunistische Partei (Anm. 12), S. 228; Kondis / Sfetas: Emfylios (Anm. 26), S. 21 f.

34 Ole L. Smith: The Greek Communist Party, 1945–9, in: Close: The Greek Civil War (Anm. 32), S. 129–155, hier S. 137.

35 Stavrakis: Moscow (Anm. 17), S. 90.

versprochen Waffenlieferungen. Die Vertreter der KPdSU und der bulgarischen KP rieten Zachariadis zu großer Vorsicht. Nur die jugoslawischen Kommunisten sicherten ihm bei einem Besuch in Belgrad tatkräftige Unterstützung zu.³⁶ Als Gegenleistung erwarteten sie vermutlich, dass im Fall einer erfolgreichen Machtergreifung der KKE die makedonischen Gebiete Griechenlands in die jugoslawische »Volksrepublik Mazedonien« eingegliedert werden würden.³⁷ Ob die KKE schon 1946 einer solchen Lösung der Makedonischen Frage zugestimmt hätte, ist allerdings fraglich. Nach einem persönlichen Treffen mit Stalin im April wurde Zachariadis schließlich sowjetische Militärhilfe in Aussicht gestellt.³⁸ Offiziell vermied Stalin aber jegliche Einmischung in den bevorstehenden Bürgerkrieg.

Beginn des Guerillakampfs

Überzeugt von der Unmöglichkeit eines »friedlichen Übergangs zum Sozialismus« – vor allem wegen der britischen »Vormundschaft« –, steuerte die KKE auf eine bewaffnete Konfrontation zu. Trotz sowjetischer Empfehlungen boykottierte sie die Parlamentswahlen vom 31. März 1946 und demonstrierte damit ihre Ablehnung des parlamentarischen Systems. Die Wahlen wurden von einer Alliierten-Kommission überwacht, die aus Vertretern der USA, Großbritanniens und Frankreichs bestand. Die Sowjetunion hatte sich geweigert, sich zu beteiligen. Um eine Einmischung des Westens in ihren Einflussbereich zu ver-

36 Im Frühjahr 1946 befanden sich 25 000 griechische Kommunisten auf jugoslawischem Boden (siehe Kofos: Nationalism [Anm. 6], S. 166; Koliopoulou: *Λεηλασία* [Anm. 29], S. 113 f.). Während seines Aufenthalts in Jugoslawien besuchte Zachariadis ein griechisches Flüchtlingslager in der ehemals von Deutschen bewohnten Stadt Bulkes nördlich von Belgrad, in dem etwa 4500 Mitglieder von EAM und ELAS lebten, die nach der Niederlage geflüchtet waren. In Bulkes bildeten sie eine kleine kommunistische Gemeinde, die weitgehend politische, wirtschaftliche und kulturelle Autonomie genoss. Die Gesetze des jugoslawischen Staats galten dort nicht, vielmehr stand Bulkes, eine Art »siebte Republik« Jugoslawiens, unter der strengen Aufsicht der KKE. Dreimal wöchentlich erschien die Zeitung »Stimme von Bulkes«. In der Stadt gab es eine Grundschule, ein Gymnasium, eine Akademie zur Ausbildung von Offizieren, einen Buchladen, ein Theater, ein Kino und sogar ein Waisenhaus. Dieser kommunistische »Miniaturstaat« besaß sogar eine eigene Währung und verfügte über ein Konzentrationslager auf einer Donauinsel, wo unliebsame Genossen verschwanden. Leiter von Bulkes war Michalis Pektasidis, ein ehemaliges Mitglied der OPLA. Er führte ein Terrorregime und verschwand unter ungeklärten Umständen im November 1948. Ab Herbst 1947 diente Bulkes hauptsächlich als Verbannungsort für »unzuverlässige« KKE-Mitglieder. Lager mit ähnlicher Funktion entstanden auch in Albanien und Bulgarien. Zum Lager Bulkes siehe Esche: Die Kommunistische Partei (Anm. 12), S. 243; Milan Ristic: *Το πείραμα Μπούλκες. Η »Ελληνική Δημοκρατία« στη Γιουγκοσλαβία 1945–1949* [Das Experiment Bulkes. Die »Griechische Republik« in Jugoslawien 1945–1949], Thessaloniki 2006, S. 24 ff., 31 u. 88; Giannakakis: *Οι Έλληνες* (Anm. 21), S. 354, 361 u. 363; Alexandros L. Zaousis: *Η τραγική αναμέτρηση (1945–1949). Ο μύθος και η αλήθεια* [Die tragische Auseinandersetzung (1945–1949). Mythos und Wirklichkeit], Bd. 1, Athen 1996, S. 95–99.

37 Kofos: Nationalism (Anm. 6), S. 167; Esche: Die Kommunistische Partei (Anm. 12), S. 243; Vlavianos: Greece (Anm. 7), S. 225; Stavrakis: Moscow (Anm. 17), S. 109; Tasos Vournas: *Ιστορία της Νεώτερης και Σύγχρονης Ελλάδας. Ο Εμφύλιος* [Geschichte des Neueren und Neuesten Griechenlands. Der Bürgerkrieg], Bd. 4, 6. Aufl. Athen 2004, S. 27.

38 Vlavianos: Greece (Anm. 7), S. 225; Stavrakis: Moscow (Anm. 17), S. 109; Kondis: *Η αγγλοαμερικανική πολιτική* (Anm. 24), S. 139.

hindern, wollte sie vermeiden, dass ähnliche Kommissionen für Rumänien oder Bulgarien gebildet würden.³⁹

Am Vorabend der Wahlen fand der erste Überfall einer kommunistischen Guerillaeinheit statt, und zwar auf das Dorf Litochoro im Olympegebiet, mit dem Ziel, die lokale Einheit der Gendarmerie zu entwaffnen und aufzulösen. Die Operation verlief erfolgreich; einige Gendarmen wurden getötet, Waffen und Lebensmittel erbeutet.⁴⁰ Diese Aktion hatte Zachariadis selbst angeordnet, offiziell übernahm die KKE jedoch nicht die Verantwortung.⁴¹ Weder in der kommunistischen noch in der bürgerlichen Presse wurde dem Vorfall besondere Bedeutung zugemessen.⁴² In der Retrospektive aber – vor allem in den Memoiren kommunistischer Führungsmitglieder – wurde er als Auftakt des Guerillakriegs der KKE bezeichnet.⁴³

Nach dem Überfall auf Litochoro fanden weitere bewaffnete Aktionen statt, in Makedonien und Thessalien bildeten sich neue Guerillaeinheiten. Die Existenz dieser Einheiten machte den Aufbau einer zentralen Leitung erforderlich. Mitte Juli 1946 beauftragte Zachariadis das ZK-Mitglied Markos Vafeiadis, die Aktionen der Guerillas zu koordinieren. Diese sollten gegen die paramilitärischen Organisationen der Rechten operieren, aber Zusammenstöße mit der Armee vermeiden.⁴⁴ Auch Giannis Ioannidis, zweiter Mann in der Parteihierarchie und Mitglied des Politbüros des ZK, schrieb in einem Bericht am 25. August, das Ziel des Guerillakampfs sei nicht der offene Aufstand. Man wolle nur den Briten das Leben schwer machen und die Moral der KKE-Mitglieder stärken. Ioannidis wies ferner auf die Notwendigkeit einer Unterstützung durch die Sowjetunion, durch Jugoslawien und Albanien hin.⁴⁵

Die KKE-Spitze war sich darüber im Klaren, dass der bewaffnete Kampf ohne die Hilfe der »Bruderparteien« zum Scheitern verurteilt war. In einem Schreiben vom 17. September 1946 bat das KKE-Mitglied Petros Roussos die Sowjetunion um militärische Hilfe und die Entsendung von Lebensmitteln und Medikamenten. Die KKE beabsichtige, so Roussos, die Zahl der Guerillas in den nächsten Monaten auf 20 000 zu erhöhen.⁴⁶ Nach dem Plebiszit vom 1. September, bei dem sich eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung für die Rückkehr des Königs Georg II. aus dem Exil ausgesprochen hatte, nahmen die bewaffneten Aktivitäten der Guerillas zu.⁴⁷ Die KKE gab das Konzept des »begrenzten Kampfs« allmählich auf, was der Chef der bulgarischen KP mit klaren Worten kritisierte: In einem Schreiben an die KKE-Führung erklärte Dimitrov, dass die internationale Lage und der anstehende Winter eine Eskalation der militärischen Handlungen seitens der KKE unmöglich machten. Deshalb hätten die griechischen Kommunisten keine massive Unterstützung durch die »Volksdemokratien« zu erwarten.⁴⁸

39 Esche: Die Kommunistische Partei (Anm. 12), S. 235.

40 Ebd., S. 242.

41 Close / Veremis: The Military Struggle (Anm. 32), S. 100.

42 C. M. Woodhouse: The Struggle for Greece 1941–1949, London 1976, S. 169 f.

43 Dimitris Vlandas: Ημερολόγιο 1947–1949 [Tagebuch 1947–1949], 2. Aufl. Athen 2007, S. 316.

44 Esche: Die Kommunistische Partei (Anm. 12), S. 249.

45 Kondis / Sfetas: Εμφύλιος (Anm. 26), S. 50 ff.

46 Ebd., S. 53 f.

47 Ebd., S. 55.

48 Smith: The Greek Communist Party (Anm. 34), S. 140.

Die KKE aber setzte ihre intensiven Kampfvorbereitungen fort. Die bislang unabhängig voneinander operierenden Guerillaeinheiten begannen ihre Tätigkeit zu koordinieren. In Thessalien, Makedonien und Thrakien entstanden Provinzhauptquartiere. Am 28. Oktober 1946 gründeten Vafeiadis, ehemaliger Tabakarbeiter und früherer Chef der ELAS in Makedonien, und die früheren militärischen Anführer (*Kapetanioi*) der ELAS Kissavos, Kikitsas und Lassanis das Generalhauptquartier (*Geniko Archigeio*, im Folgenden GHQ) der Guerillastreitkräfte. Ende Dezember wurden alle Guerillaeinheiten in der Demokratischen Armee Griechenlands (*Δημοκρατικός Στρατός Ελλάδας*, DSE) vereinigt.⁴⁹ Auffallend ist, dass die *Kapetanioi* (*Καπετάνιοι*) in der Entstehungsphase der DSE eine wichtigere Rolle als die politischen Kader spielten.⁵⁰ Bald jedoch gewannen die stalinistischen Parteidogmatiker die Oberhand.

Die DSE war der militärische Arm der KKE. Sie kämpfte nach eigenem Verständnis für die Verteidigung der »nationalen Unabhängigkeit« und die Errichtung einer »Volksdemokratie«. Ihre Gründung signalisierte den Beginn des Bürgerkriegs. Nun ging es nicht mehr um den Schutz verfolgter Griechen, sondern es wurde die Systemfrage gestellt. Unter dem Namen »General Markos« wurde Vafeiadis Oberbefehlshaber der Demokratischen Armee. Er stand an der Spitze des GHQ, das Politbüromitglied Ioannidis fungierte als sein politischer Berater.⁵¹ Die KKE-Zentrale in Athen allerdings distanzierte sich öffentlich von den Aufständischen, da sie ein Verbot der Partei vermeiden wollte.

Die Strategie der DSE sah vor, kleine Dörfer zu überfallen, die Gendarmerieposten aufzureiben und »Volksfeinde« zu bestrafen.⁵² Zachariadis hatte gegenüber General Markos erklärt, die KKE sei nach wie vor an einer friedlichen Lösung des inneren Problems interessiert.⁵³ In der Praxis jedoch ging die DSE daran, »befreite Zonen« zu schaffen, und kontrollierte schließlich ein geschlossenes Territorium in den Bergen von der albanischen Grenze bis zum Olympmassiv. Damit knüpfte sie an die Politik der ELAS aus der Okkupationszeit an. Es gelang ihr, die Verkehrsverbindungen zwischen Westmakedonien und Thessalien nachhaltig zu stören. Alles deutete darauf hin, dass die Guerillas planten, die nördlichen Provinzen vom restlichen Griechenland abzutrennen. Britische Offiziere befürchteten die Proklamation eines separaten kommunistischen Staats im griechischen Norden.⁵⁴

Bemühen um Gründung eines separaten kommunistischen Staats

Operationsbasis der DSE war das Grammosgebirge zwischen Albanien, Jugoslawien und Griechenland. Geschützt durch die beiden »Volksdemokratien« im Norden, entstand hier

49 Esche: Die Kommunistische Partei (Anm. 12), S. 250; Vlavianos: Greece (Anm. 7), S. 234; Close / Veremis: The Military Struggle (Anm. 32), S. 101.

50 O'Ballance: The Greek Civil War (Anm. 28), S. 121.

51 Esche: Die Kommunistische Partei (Anm. 12), S. 251.

52 O'Ballance: The Greek Civil War (Anm. 28), S. 128.

53 Stavrakis: Moscow (Anm. 17), S. 137.

54 Esche: Die Kommunistische Partei (Anm. 12), S. 252.

der sogenannte Staat von Grammos⁵⁵ mit eigener Verwaltung. Damit verfügte die KKE über ein eigenes »Staatsterritorium«, das de facto hinter dem Eisernen Vorhang lag. Die griechische Grenze zu den benachbarten »Volksdemokratien« existierte praktisch nicht mehr. Die britischen Ängste vor der Schaffung eines kommunistischen Nordgriechenlands waren gerechtfertigt. Im April 1947 ausgearbeitete politische und militärische Pläne der KKE sahen die Eroberung von Thessaloniki und die Errichtung einer »freien Zone« in Makedonien und Thrakien vor. In einem vertraulichen Brief von Ioannidis an Markos am 17. April wurden diese Pläne bestätigt.⁵⁶ Danach sollte Thessaloniki die Hauptstadt eines kommunistischen Staates im Norden – mit Jugoslawien als Rückendeckung – werden. In einem Schreiben an Tito vom 22. April führte Zachariadis aus, Makedonien und Thrakien seien in wirtschaftlicher, politischer, nationaler, militärischer und geografischer Hinsicht der schwache Punkt des »Monarchofaschismus«, an dem die DSE diesen entscheidend bekämpfen könne.⁵⁷

Die separatistischen Ziele der KKE fanden die Zustimmung von Tito und Stalin. Zachariadis traf sich im April mit Tito in Belgrad, im Mai sah er Stalin in Moskau.⁵⁸ Beide Staatshäupter waren jedoch bemüht, ihr ohnehin vorsichtiges Engagement für die griechischen Aufständischen vor der Weltöffentlichkeit zu verbergen. Unter strenger Geheimhaltung wurden Waffenlieferungen für die DSE aus Albanien, Jugoslawien und Bulgarien organisiert. Die griechischen Guerillas nutzten das Territorium dieser drei Länder auch als Rückzugsgebiet, was das Handeln der Regierungstreitkräfte enorm erschwerte, denn diese durften den Boden der kommunistischen Nachbarländer nicht betreten. Die drei benachbarten »Volksdemokratien« versprachen der DSE in einem von Stalin abgesegneten Abkommen vom August 1947 in Bled (Slowenien), militärische Ausbildungslager für Offiziere und einfache Mitglieder der DSE sowie Krankenhäuser für verwundete Guerillas zur Verfügung zu stellen. Die albanische Regierung sicherte der DSE zudem die Benutzung maritimer Stützpunkte auf ihrem Territorium zu.⁵⁹

Die Unterstützung der DSE durch die benachbarten »Volksdemokratien« ließ sich auf Dauer jedoch nicht verbergen und führte zu internationalen Verwicklungen. Im Zuge der Truman-Doktrin vom 12. März 1947 engagierten sich die USA politisch und wirtschaftlich in Griechenland mit dem Ziel, eine kommunistische Machtübernahme zu verhindern und einer sowjetischen Expansion gen Süden Einhalt zu gebieten.⁶⁰ Dies trug dazu bei, dass die griechischen Regierungen den Kampf gegen die kommunistischen Guerillas noch entschlossener als zuvor führten. US-Truppen nahmen am griechischen Bürgerkrieg jedoch nicht teil.⁶¹

Die KKE war nach wie vor nicht zu einem Kompromiss mit den bürgerlichen Kräften bereit. Ende Juni 1947 tat ein KKE-Vertreter, Porfyrogennis, auf dem XI. Parteitag der fran-

55 Zur kommunistischen Herrschaftsform des »Staates von Grammos« siehe Maradzidis: »Το κράτος του Γράμμου« (Anm. 19), S. 77–95.

56 Kondis: Η αγγλοαμερικανική πολιτική (Anm. 24), S. 276; Kondis / Sfetas: Εμφύλιος (Anm. 26), S. 60 f.

57 Ebd., S. 62–65.

58 Smith: The Greek Communist Party (Anm. 34), S. 141.

59 Nikos Maradzidis: Ο ΔΣΕ και οι Λαϊκές Δημοκρατίες [Die DSE und die Volksdemokratien], Vortrag auf der Konferenz »Η δεκαετία του '40. Μια κριτική αποτίμηση« [Die 1940er-Jahre. Eine kritische Bewertung], Kavala, 2.–5. Juli 2009. An dieser Stelle möchte ich Herrn Maradzidis danken, dass er mir sein unveröffentlichtes Manuskript zur Verfügung gestellt hat.

60 O'Ballance: The Greek Civil War (Anm. 28), S. 141; Esche; Die Kommunistische Partei (Anm. 12), S. 269.

61 Kondis: Η αγγλοαμερικανική πολιτική (Anm. 24), S. 318.

zösischen KP in Straßburg die Absicht seiner Partei kund, einen eigenen Staat mit eigener Regierung und eigener Armee in Nordgriechenland zu gründen. Die Ausbreitung der DSE, so Porfyrogennis, führe zwangsläufig zur »Entstehung eines freien demokratischen Griechenland mit einer eigenen Regierung und einer eigenen staatlichen Struktur«. Dafür seien die geografischen, militärischen, politischen und psychologischen Voraussetzungen gegeben. Die Gründung eines eigenen Staats werde der KKE wahrscheinlich ermöglichen, diplomatische Beziehungen zu den Ostblockländern aufzunehmen.⁶² Beunruhigt von dieser Entwicklung, befürchteten das bürgerliche Lager sowie breite Teile der Bevölkerung die Anerkennung einer kommunistischen Regierung durch die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten sowie die Spaltung Griechenlands in einen monarchistisch geprägten Süden und einen kommunistisch regierten Norden.⁶³

Die Pläne der KKE waren der sowjetischen Führung bekannt,⁶⁴ vermutlich lag der Partei sogar Moskaus Einverständnis vor. Am 15. August 1947 gab der im Juli eingerichtete Rundfunk des Freien Griechenland (*Ραδιοφωνικός Σταθμός Ελευθέρας Ελλάδας*, RSEE), der Sender der DSE in Belgrad, bekannt, das GHQ der DSE habe beschlossen, die Leitung der Verwaltung in den »befreiten« Gebieten bis zur Konstitution einer »demokratischen Regierung« zu übernehmen. Zugleich ließ das GHQ verlauten, die königliche Dynastie sei gestürzt und Griechenland werde Republik. Verschiedene Dekrete sahen den Abbau der »Privilegien« ausländischer Unternehmen, den Schutz nationaler Minderheiten und die Einführung einer »kommunalen Selbstverwaltung« vor. Zudem übernahm das GHQ außenpolitische Funktionen. In einem Memorandum vom 5. September verlangte General Markos für eine Delegation des GHQ das Recht, als offizielle Vertretung des »Freien Griechenland« vor der Vollversammlung der UNO sprechen zu dürfen.⁶⁵ Dies hätte die internationale Anerkennung des DSE-Staats bedeutet. Markos' Antrag wurde jedoch nicht diskutiert.

Am 24. Dezember 1947 rief die KKE eine provisorische Regierung ins Leben. Der RSEE gab die Gründung der Provisorischen Demokratischen Regierung des Freien Griechenland bekannt. Ministerpräsident und Kriegsminister war General Markos, stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister Ioannidis. Zachariadis bekleidete keinen Ministerposten, aber seine engsten Vertrauten, Dimitris Vlandas und Georgios Bardziotas, gehörten der Regierung an. Die ausschließlich aus Kommunisten bestehende Führung wollte eine »Volksjustiz« installieren, Banken und Schwerindustrie verstaatlichen und Agrarreformen durchführen. Außenpolitisch plante sie, freundschaftliche Beziehungen zu anderen demokratischen Staaten zu unterhalten. Nach diesem Schritt wurde die KKE auf Beschluss der Athener Regierung im Land offiziell verboten. Das nach der Okkupation wieder legal herausgegebene Parteiblatt *Rizospastis* durfte nicht länger erscheinen.⁶⁶

62 Esche: Die Kommunistische Partei (Anm. 12), S. 272; Vournas: Εμφύλιος (Anm. 37), S. 150 f.; Kondis / Sfetas: Εμφύλιος (Anm. 26), S. 24 f.

63 Vlavianos: Greece (Anm. 7), S. 240.

64 Stavrakis: Moscow (Anm. 17), S. 151.

65 Esche: Die Kommunistische Partei (Anm. 12), S. 277 f.

66 O'Ballance: Civil War (Anm. 28), S. 155; Woodhouse: The Struggle (Anm. 42), S. 218; Esche: Die Kommunistische Partei (Anm. 12), S. 286 f.; Kondis: Η αγγλοαμερικανική πολιτική (Anm. 24), S. 314 f.

Militärische Rückschläge und außenpolitische Probleme

Die Proklamation der Provisorischen Demokratischen Regierung bewies allen Zweiflern den kommunistischen Charakter des Aufstands.⁶⁷ Die USA und Großbritannien warnten die kommunistischen Staaten in Osteuropa – vor allem Jugoslawien – vor einer Anerkennung des aufständischen Regimes. Am 30. Dezember 1947 verurteilten die USA offiziell die Bildung von Markos' Regierung, da sie das griechische Volk nicht vertrete.⁶⁸ Angesichts der US-amerikanischen Entschlossenheit hielten sich die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten mit einer offiziellen Anerkennung zurück, was die KKE zutiefst enttäuschte. Nach einem gescheiterten Versuch der DSE, die Stadt Konitza an der griechisch-albanischen Grenze zu besetzen, blieb die Provisorische Demokratische Regierung ohne Sitz. Die Niederlage in Konitza markierte eine Wende. Auf politischem Gebiet blieb eine diplomatische Anerkennung durch die Sowjetunion aus, die vielleicht das militärische Eingreifen der »Volksdemokratien« in den griechischen Bürgerkrieg ermöglicht hätte. In militärischer Hinsicht zeigte sich, dass die DSE nicht in der Lage war, isolierte urbane Zentren zu »befreien« und besetzt zu halten.⁶⁹

Trotz der politischen und militärischen Rückschläge für die KKE beharrte Zachariadis darauf, den Kampf um die Befreiung Griechenlands vom »Monarchofaschismus« unvermindert fortzuführen. Nach seinen Vorstellungen sollte die DSE in den »befreiten Zonen« Nordgriechenlands in eine reguläre Armee umgewandelt werden, das »Freie Griechenland« gegen die Regierungsarmee verteidigen und dessen Gebiet Richtung Süden erweitern. Um die Einhaltung der Parteilinie zu überwachen, sollten den militärischen Kommandeuren politische Kommissare zur Seite gestellt werden. Diese sollten etwa für die ideologische Schulung der Guerillas und die Beziehungen zur Zivilbevölkerung zuständig sein. Die Aufgaben der militärischen Kommandeure sollten sich auf die Leitung der militärischen Operationen beschränken.⁷⁰

Entsprechend diesen Vorgaben wurde die DSE reorganisiert. Markos, der Bedenken äußerte, musste zusehen, wie die Autorität der alten *Kapetanioi* unterminiert wurde. Seine engsten Mitarbeiter Kikitsas, Lassanis und Kissavos wurden aus dem GHQ entfernt; die Stunde der politischen Kommissare hatte geschlagen. Mitte April 1948 formierte sich der »Höhere Kriegsrat« als neues Führungsorgan der DSE. In ihm saßen unter anderem Zachariadis selbst und seine Getreuen Bardziotas und Gousias; Bardziotas war zugleich politischer Kommissar im GHQ. Auf diese Weise übernahm die militärisch unerfahrene Gruppe um Zachariadis das Kommando der DSE.⁷¹ Statt militärischer Qualitäten waren nun politische Loyalitäten gefragt.

Zur schwierigen militärischen Lage gesellten sich internationale Verwicklungen. Am 28. Juni 1948 wurde Jugoslawien aus dem Kominform ausgeschlossen. Der Bruch zwischen

67 Vournas: Εμφύλιος (Anm. 37), S. 247 f.

68 Kondis: Η αγγλοαμερικανική πολιτική (Anm. 24), S. 319 f.; Kondis / Sfetas: Εμφύλιος (Anm. 26), S. 25.

69 D. Zafeiropoulou: Ο αντισυμμαχικός αγών 1945–1949 [Der Anti-Bandenkrieg 1945–1949], Athen 1956, S. 317.

70 Esche: Die Kommunistische Partei (Anm. 12), S. 292 f.

71 Ebd., S. 294 f.

Tito und Stalin stellte die KKE vor große Schwierigkeiten: Einerseits war sie auf jugoslawische Hilfe angewiesen, andererseits konnte sie auf die Unterstützung der Sowjetunion nicht verzichten. Schließlich übernahm das Politbüro auf dem IV. Plenum des ZK am 28. Juli die Resolution des Kominform und verurteilte die Haltung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens. Dieser Beschluss wurde jedoch geheimgehalten, um die militärische Hilfe Jugoslawiens nicht zu verlieren.⁷² Kein Führungsmitglied der KKE stellte sich offen gegen Titos Verurteilung.

Angesichts von Titos »Verrat« suchte Moskau die große Abhängigkeit der KKE von Jugoslawien zu verringern. Andere »Volksdemokratien« übernahmen deshalb einen Teil der Unterstützung für die DSE. Am 8. September 1948 trafen sich in Warschau Delegationen aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien mit den KKE-Abgesandten Giannis Ioannidis und Petros Roussos. Die Repräsentanten der kommunistischen Länder garantierten der DSE ihre weitere Unterstützung. Zudem wurde vereinbart, eine »Spezielle Kommission« zur Koordination von Waffenlieferungen mit Sitz in Warschau zu schaffen. Weitere Gespräche fanden am 20./21. Januar 1949 in Prag und am 15./16. Februar desselben Jahres in Budapest statt. Die Hilfe der vier genannten Länder lief – mit Wissen der Sowjetunion – im Oktober 1948 an und wurde bis September 1949 fortgesetzt. Insgesamt fanden zwölf streng geheime Schiffstransporte mit Kriegsmaterial, Lebensmitteln und medizinischer Hilfe von Polen nach Durres (Albanien) statt, die die KKE über die Berge zumindest teilweise erreichte. Auch per Flugzeug kam Unterstützung für die Guerillas der DSE.⁷³

Inzwischen nahmen die Divergenzen zwischen Zachariadis und Markos zu. Neben Meinungsverschiedenheiten über Fragen der Kriegsführung störte Zachariadis Markos' enorme Popularität bei den Guerillas. Im Gegensatz zum Generalsekretär der KKE war Markos auch außerhalb Griechenlands bekannt; er galt als militärischer Kopf des Aufstands und war bei ausländischen Journalisten ein gefragter Interviewpartner. Am 20. August 1948 – während heftige Kämpfe zwischen der DSE und der Regierungsarmee im Grammosgebirge ausgetragen wurden – verließ Markos auf Zachariadis' Befehl das GHQ und ging nach Albanien. Mit der Diagnose einer »psychischen Erkrankung« wurde er in ein sowjetisches Sanatorium eingeliefert.⁷⁴ Er blieb noch einige Zeit Mitglied des Politbüros des ZK und Ministerpräsident der Provisorischen Demokratischen Regierung.

Markos' »Verbrechen« bestanden darin, den Wahlboykott vom 31. März 1946 als Fehler bezeichnet und die militärische Strategie der »offenen Schlachten« kritisiert zu haben.⁷⁵ Entgegen manchen Behauptungen war Markos kein »Titoist«, also kein Anhänger eines »nationalen Kommunismus«. Wegen »rechtsopportunistischer Abweichung« wurde er

72 Ebd., S. 301 f.

73 Der KKE-Experte Nikos Maradzidis, der Parteiquellen aus osteuropäischen Archiven ausgewertet hat, nennt exakte Zahlen über die Höhe der militärischen und finanziellen Hilfe der kommunistischen Staaten für die DSE. So kann er belegen, dass der Aufstand der KKE ohne die tatkräftige Unterstützung der »Volksdemokratien« undenkbar gewesen wäre. Siehe Maradzidis: ΔΣΕ (Anm. 59).

74 Esche: Die Kommunistische Partei (Anm. 12), S. 304.

75 Kofos: Nationalism (Anm. 6), S. 178; Esche: Die Kommunistische Partei (Anm. 12), S. 309 ff.; Zaousis: Η τραγική αναμέτρηση (Anm. 36), S. 91 f. u. 94; Vlandas: Ημερολόγιο (Anm. 43), S. 248 f.

schließlich aus der KKE ausgeschlossen. Dieser Beschluss wurde nicht veröffentlicht. Die offizielle Begründung lautete, er habe aus »gesundheitlichen Gründen« seine Ämter niederlegen müssen. Neben Markos wurden noch weitere Mitglieder des ZK, etwa Thanasis Chatzis, der ehemalige Generalsekretär der EAM, aus der Partei ausgeschlossen.⁷⁶ Zahlreiche Mitglieder der KKE fielen aufgrund der schweren militärischen Niederlagen der DSE in Ungnade, Markos war nur das bekannteste Beispiel. Allein wegen seines hohen Ansehens kam er mit dem Leben davon. Einer seiner Weggefährten jedoch hatte nicht das gleiche Glück. Am 20. August 1948 wurde Georgios Giannoulis, der militärische Kommandeur der 102. Brigade, hingerichtet. Angeblich hatte er Verrat begangen und strategisch wichtige Stellungen im Grammosgebirge verlassen. Seine Ermordung erfolgte auf Geheiß der Parteispitze und vermutlich ohne Gerichtsverfahren.⁷⁷ Wegen seiner Zugehörigkeit zu einer nationalistischen Guerillaeinheit 1942 hatte er stets im Verdacht gestanden, kein linientreuer Kommunist zu sein. Dies und die große Beliebtheit, derer er sich bei seiner Truppe erfreute, dürften wichtige Gründe für seine Exekution gewesen sein. Im letzten Bürgerkriegsjahr sollen insgesamt 180 Offiziere und einfache Mitglieder der DSE als »verdächtige Agenten« von der KKE verfolgt worden sein.⁷⁸ Genaue Zahlen über die ermordeten Kämpfer der Guerillabewegung liegen nicht vor. Die massiven »Säuberungen« in den eigenen Reihen, die in den Okkupationsjahren ihren Anfang genommen hatten, erreichten gegen Ende des Bürgerkriegs ihren Höhepunkt.

Kurz bevor die griechische Armee eine große Offensive gegen die Hauptstreitmacht der DSE im Grammosmassiv einleitete, brach Jugoslawien seine Beziehungen zur KKE ab. Überzeugt von der prosovjetschen Haltung der griechischen Kommunisten, befahl Tito am 23. Juli 1949 die Schließung der griechisch-jugoslawischen Grenze und stellte die militärische Hilfe für die DSE ein. Der in Belgrad stationierte Sender RSEE wurde nach Bukarest verlegt, und die griechischen Guerillas durften jugoslawisches Territorium nicht mehr als Rückzugsgebiet nutzen. Zugleich suchte Tito das Verhältnis zum Regime in Athen zu verbessern, da sein Land im Fall eines militärischen Siegs der DSE mit einem feindlichen kommunistischen Staat im Süden konfrontiert würde⁷⁹ – staatliche Interessen hatten strikte Priorität vor ideologischen Überlegungen.

Die Antwort der KKE ließ nicht lange auf sich warten. In einer Erklärung des ZK vom 30. Juli wurde Tito als »Judas der demokratischen Weltbewegung« diffamiert. Im offiziellen Organ des Kominform *Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie* erschien am 1. August ein Artikel von Zachariadis unter dem bezeichnenden Titel »Das Stilett Titos sticht hinterrücks das volksdemokratische Griechenland«. Darin verbreitete der Parteiführer – kurz vor dem endgültigen Untergang seiner revolutionären Armee – eine Art Dolchstoßlegende. Titos »Verrat«, so argumentierte Zachariadis, sei die Ursache für die schwierige Lage der DSE.⁸⁰

76 Kofos: Nationalism (Anm. 6), S. 178; Esche: Die Kommunistische Partei (Anm. 12), S. 314f.

77 Ebd., S. 307 f.; Vournas: Εμφύλιος (Anm. 37), S. 233; Vlandas: Ημερολόγιο (Anm. 43), S. 212f.

78 Ebd., S. 96.

79 Kofos: Nationalism (Anm. 6), S. 184 u. 204; Esche: Die Kommunistische Partei (Anm. 12), S. 335.

80 Ebd., S. 335 f.; Vournas: Εμφύλιος (Anm. 37), S. 318.

Das Ende des Bürgerkriegs

Tatsächlich hatte Titos Entscheidung keinen Einfluss mehr auf das Kriegsgeschehen in Griechenland. Nach der Niederlage der DSE Ende August 1949 flüchteten mehrere Tausend Guerillas nach Albanien und in andere kommunistische Länder. Im osteuropäischen Exil, wo die KKE einen Apparat mit eigenen Kontrollmechanismen aufbaute, wurden alte Rechnungen beglichen. Führende Parteimitglieder wie Dimitris Partsalidis, Chrysa Chatzivasilieiou und Kostas Karagiorgis, die in den vorangegangenen Jahren Zachariadis' Linie teilweise angezweifelt hatten, wurden aus der KKE ausgeschlossen. Durch »Säuberungen« sicherte Zachariadis seine Machtposition innerhalb der Partei ab. Die Niederlage im Bürgerkrieg wurde den militärischen Kommandeuren der DSE zur Last gelegt. Sie wurden als »Klassenfeinde« angeklagt und unter Gewaltanwendung gezwungen, sich selbst als »Verräter« zu bezichtigen.⁸¹ Karagiorgis, der ehemalige Chefredakteur des *Rizospastis*, wurde zum Beispiel in Bukarest von Mitgliedern des Sicherheitsdienstes der KKE und der Securitate verhaftet. Schwer erkrankt starb er 1954 in einem Gefängnis.⁸²

Doch auch die Tage der Parteiführung waren gezählt. Auf dem VI. Plenum des ZK im März 1956 fielen Zachariadis und seine Gefolgsleute dem Entstalinisierungsprozess zum Opfer, Markos hingegen wurde rehabilitiert.⁸³ Während Zachariadis in den Siebzigerjahren im sibirischen Exil Selbstmord beging, kehrte Markos nach dem Sturz der Obristen-Diktatur 1974 nach Griechenland zurück. Bevor er in den Neunzigerjahren starb, konnte er noch als Abgeordneter der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (*Πανελλήνιο Σοσιαλιστικό Κίνημα*, PASOK) ins griechische Parlament einziehen, das er als Ministerpräsident der Provisorischen Demokratischen Regierung im Bürgerkrieg einst bekämpft hatte. In seinen umstrittenen Memoiren wirkt der Mythos von der »verlorenen siegreichen Revolution«⁸⁴ bis heute fort. Die Befreiung der Bürgerkriegsgeschichte von diesem Mythos stellt eine noch immer ungelöste Aufgabe der historischen Forschung in Griechenland dar.

81 Esche: Die Kommunistische Partei (Anm. 12), S. 342 f.; Noutsos: »Säuberungen« (Anm. 9), S. 488.

82 Giannakakis: Οι Έλληνες (Anm. 21), S. 366.

83 Woodhouse: The Struggle (Anm. 42), S. 287.

84 So der gleichnamige Titel des Buchs des ehemaligen Generalsekretärs der EAM Thanasis Chatzis: *Η νικηφόρα επανάσταση που χάθηκε* (Τεγονότα – αναμνήσεις – σκέψεις) [Die siegreiche Revolution, die verloren ging (Ereignisse – Erinnerungen – Gedanken)], 3 Bde., Athen 1977.

